

über I

01 Herrn Czerwonka

DS-Nr. 00528/2015 – Kommunale Verbundquote erhöhen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Die Stadtvertretung beauftragt die Oberbürgermeisterin, der Landesregierung und den demokratischen Fraktionen des Landtages folgenden Beschluss zu übermitteln und die Landesregierung zu einer Stellungnahme aufzufordern:

1.

Die Stadtvertretung kritisiert, dass im Rahmen der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes ab 2016 auf eine Verbandsanhörung verzichtet wurde. Die Stadtvertretung macht darauf aufmerksam, dass sie zukünftig im Sinne eines positiven Zusammenwirkens zwischen Land und Kommunen eine entsprechende Beteiligung erwartet.

2.

Die Stadtvertretung macht darauf aufmerksam, dass das vorliegende Haushaltsgesetz den Anforderungen an eine angemessene kommunale Finanzausstattung nicht gerecht wird. Die Stadtvertretung hält eine Erhöhung der kommunalen Verbundquote daher für dringend geboten, um eine lebendige und funktionierende kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

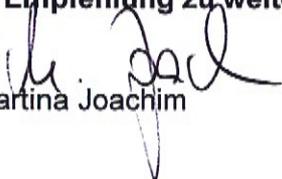
Es bestehen keine rechtlichen Bedenken gegen die Beschlussfassung.

Im Übrigen wird auf die schriftlichen Mitteilungen der Oberbürgermeisterin zur Stadtvertretung am 16.11.2015 verwiesen.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

- zum bestehenden Haushaltssicherungskonzept
- Kostendarstellung für das laufende Haushaltsjahr (Mehraufwendungen, Mindererträge o.ä.)
- Kostendarstellung für die Folgejahre

3. Empfehlung zu weiteren Verfahren


Martina Joachim